

# SPAREN FÜR DIE KRIEGSKASSE?

# NEIN!

**D**ie deutschen Unternehmer schreiben an die Regierung: »... daß die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gestehungskosten einer Anpassung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse an die Umwälzungen auf dem Weltmarkt und damit auch einer Gesundung der deutschen Wirtschaft hemmend im Wege steht. ... Die Selbstkosten müssen von der Lohnseite eine weitere Entlastung erfahren. Nur auf diesem Wege kann auf Dauer eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine Vermehrung der Arbeitsplätze erzielt werden.«

Nichts Neues? Kennen wir alles? Dann lernen wir doch daraus!

Dieser Brief wurde nicht 1996 geschrieben. Er trägt das Datum des 4. Mai 1931 und ist gerichtet an den Reichskanzler Brüning, den »Notverordnungs-Brüning«. Nicht ganz zwei Jahre später sind dann die Unterzeichner zu der Ansicht gekommen, daß der deutschen Wirtschaft nicht aufzuhelfen sei, solange das Volk auch nur pro forma ein Wörtchen mitzureden hat und die Arbeiter noch streiken dürfen. Sie besorgten sich eine Regierung, die endlich ernst machte mit dem »Standort Deutschland«. Die im Ernstfall, also im KZ, die »Selbstkosten auf der Lohnseite« auf ein paar Gramm Brot am Tag herunterfuhr. Und die am 1. September 1939 damit begann, die deutschen Wirtschaftsverhältnisse an die Umwälzungen auf dem Weltmarkt durch die gewaltsame Herstellung eines geschlossenen Wirtschaftsraums von Bordeaux bis Odessa« (wie ihn die IG Farben verlangten) anzupassen.

Erinnern wir uns an diesem 1. September also nicht nur daran, daß damals seit 5.45 Uhr »zurückgeschossen« wurde. Denken wir auch daran, wie es dazu kam. Wie von der Regierung der Banken, Konzerne und Großagrarien Stück um Stück die Not verordnet wurde, bis auch das nicht mehr reichte und diese deutschen Monopole und Konzerne ganz Europa plünderten.

Aber die Geschichte wiederholt sich doch nicht einfach! In der Tat: Je länger wir darauf verzichten, sie in die eigenen Hände zu nehmen, umso elender und gefährlicher wird sie für uns.

Damals war das Reich schwach. Der letzte Krieg war noch nicht abbezahlt. »Wer Hitler wählt, wählt Krieg«, sagten die Kommunisten. Allzuvielen lachten, zeigten auf die Reichswehr mit ihren lächerlichen 100 000 Mann und übersahen die schwarze Reichswehr, die SA und die moderne Technologie in der »Zivil«luftfahrt. (Aber die BRD hat doch nicht die Bombe, sagen sie heute. Und übersehen die 245 amerikanischen Atombomben in diesem Land, auf die die Luftwaffe Zugriff hat,

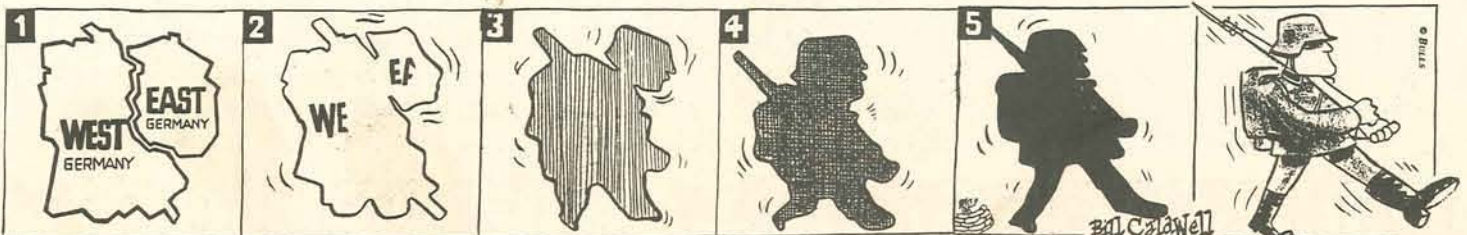
die französischen Atomanlagen, die zu 100 Prozent für den deutschen Krieg produzieren und den Reaktor in Garching, für den der Bombenbrennstoff von überall her gekauft, geklaut und erpreßt wird – 33 Funde von Nuklearmaterial wurden der europäischen Atombehörde bis 1995 gemeldet, 29 davon in der BRD.)

Heute ist das Reich stark. Die Schulden des letzten Krieges haben wir abbezahlt. Jawohl, wir haben sie abbezahlt. Damals, als wir in Westdeutschland mit den Maschinen unseren Kapitalisten den Grund für den nächsten Krieg mit aus dem Schutt gegraben haben! Als wir gegen die Demontagen demonstriert und den Reichtum der Kriegsverbrecher gegen die verteidigt haben, die die Kriegsverbrecher besiegt hatten. Als wir den Kollegen im Osten Europas auf dem Weg in eine Welt ohne Kapitalisten und Großgrundbesitzer nicht folgten und zusahen, wie gegen sie gerüstet wurde hierzulande. Das war teuer, Kollegen. Das kann uns das Leben kosten. Denn deswegen ist heute, wo es wieder ernst wird mit der »Anpassung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse an die Umwälzungen auf dem Weltmarkt« die BRD nicht schwach, sondern verfügt über die stärkste Militärmacht aller europäischen Imperialisten und ihr Generalinspekteur rühmt sich der »einzigen Armee, die in größerem Umfang mobil machen kann«. Mobilmachung – wozu?

**»Man muß etwas unternehmen, wenn es einem gutgeht.«**

(Hilmar Kopper, Vorstandssprecher der Deutschen Bank)

Heute sind sie alle stark, die großen Kapitalisten. Das heißt: zunächst einmal sind sie reich. Wie sich herausstellt, ist das ihre tödliche Schwäche. Die 358 Dollar-Milliardäre dieser Welt beziehen mehr »Einkommen« als die ärmsten 45 Prozent der Menschheit. Das hat die UNO ausgerechnet. 358 Milliarden – selbst mitsamt ihren Generaldirektoren, Aufsichtsräten, ja selbst ihre wissenschaftlichen und publizistischen Kretins, ihre Beamten, Pfaffen und Huren eingerechnet eine verschwindende Minderheit. Und doch sind sie zu viele, sind sie zu reich. Die Arbeiter, Bauern, Fellachen, sie sind zu arm, weil jene zu reich sind. Sie können nicht kaufen, was in den Fabriken der 358 produziert wird. Sie können es sich nur nehmen. Solange sie das nicht tun – und es hieße: ihnen die Fabriken zu nehmen, das Land und die Macht im Staat –, solange führen die Kapitalisten dieser Welt einen Krieg gegeneinander, um die Märkte, um das Überleben. Es geht darum, wer sich wessen Fabriken aneignet, wer wessen Arbeiter ausbeutet. Wer welches Land unterjocht, okkupiert, in eigenen Besitz nimmt. Wie nahe das schon herangerückt ist? 50 Milliarden Mark haben die deutschen Monopole in diesem Krieg 1995



allein für den Aufkauf von Fabriken im Ausland eingesetzt, doppelt so viel als ein Jahr zuvor und zehnmal soviel wie ihr Staat soeben daraus quetschen will, daß er die Sozialhilfe unter das Existenzminimum drückt. Mit jedem Lohnverzicht füllen wir ihnen, was sie selber Kriegskasse nennen und womit sie eben nicht (glauben wir nichts, rechnen wir alles nach!) in sogenannte »Billiglohnländer« auswandern, sondern ins Herz ihrer imperialistischen Konkurrenten vorstoßen: 98 Prozent der Direktinvestitionen deutscher Kapitalisten gehen in Länder wie Großbritannien, Frankreich, Italien, die USA. Das stellt dem französischen, italienischen, britischen Arbeiter neben dem eigenen auch noch den deutschen Kapitalisten als Gegner gegenüber. Das verwüstet im eigenen Land die Industrie, vernichtet unsere Arbeit in Stilllegungen, faulen Konkursen und Diebstahl. Das hat die BRD zur stärksten Macht Europas gemacht, deren Expansionen – begonnen 1990 mit der Annexion und Ausplünderung eines 16-Millionen-Staates – alle fürchten. Spätestens seit 1990 grasst die »Angst vor Deutschland« in Europa. Die Konferenz von Maastricht, ein verzweifelter Versuch der durch die Annexion der DDR Übertölpelten, den aggressiven Riesen wenigstens in der Umarmung zu beruhigen, war, was Bundespräsident Herzog – zunehmend der Mann für's Grobe – sie höhnisch nennt: eine »ungeheure Sprachlosigkeit«. Er hat recht: Sprachlos stehen die anderen Kapitalisten Europas vor der Erkenntnis, daß die deutschen Monopole und ihr Staat erpresserisch gegen sie wenden, was doch deutsche Herrschaft eindämmen sollte. »Maastricht gibt es nicht mehr. Maastricht ist überflüssig. Maastricht ist tot.« (Jacques Calvert, Vorstandssprecher von Renault)

**»Was gut ist für Deutschland ist auch gut für Europa.«**

(Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer)

Was übrig bleibt von Maastricht ist der deutsche Angriff auf Europa. Großdeutschland schröpft Europa, um seine Kriegskasse zu füllen. Unter welchem Namen auch immer – die D-Mark soll zur europäischen Währung werden. »Wer 1999 Mitglied der Europäischen Währungsunion werden will, muß einem gemeinsamen Modell folgen, dem deutschen«, erläu-

tert Olaf Henkel, BDI-Präsident, die Operation »Wirtschafts- und Währungsunion«. Das deutsche Modell hat den Vorzug der Schlichtheit: Schröpft die Arbeiter, Schluß mit dem Sozialstaatsklimbim, und Scheiß auf die Souveränität, solange es die der anderen ist. Das Geld nämlich, das dieses deutsche Modell den italienischen, französischen und britischen Kapitalisten einspart, soll nicht bei ihnen bleiben, sondern nach Frankfurt transferiert werden. (So jedenfalls sieht es Waigels »Stabilitätspakt« vor, und wie wir spätestens seit dem »Pakt für Arbeit« wissen, ist in besseren deutschen Kreisen und an Kanzlerkaminen »Pakt« ein neues Scherzwort für »Diktat«. Was wiederum die französischen Arbeiter im letzten Winter gut verstanden haben, als sie »Non aux ordres de Berlin« – »Wir folgen nicht den Anordnungen aus Berlin!« auf ihre Streiktransparente in Paris, Dezember 1995 schrieben.)

Das Geld wird Herr Waigel gut anlegen. Bei den Banken zum Beispiel, an die jetzt schon 26 Prozent des Steueraufkommens in der BRD allein an Zinsen gezahlt werden für die Staatsschulden, die seit der Annexion der DDR eineinhalb mal so stark gestiegen sind wie in den 40 Jahren davor. Wobei auch dieses Kapital wiederum gut angelegt war, nämlich bei den Unternehmern, denen zugegebene 332 Milliarden allein über die Treuhand dafür geschenkt wurden, daß sie die DDR ausgeraubt und stillgelegt haben. Dafür können sie sich jetzt natürlich nicht auch noch darum kümmern, daß die so Ausgenommenen wenigstens nicht verhungern, weswegen unter anderem wir einen »Solidaritäts-

zuschlag« zahlen, den der Frankfurter Professor Roth eine »Sondersteuer zur solidarischen Finanzierung der Banken« nennt. (Verstehst Du jetzt, Kollege, woher das Wort vom »Wirtschaftskreislauf« in dieser besten aller Welten kommt?)

**»Die 30er Jahre sind noch nicht so weit entrückt, wie mancher denkt.«**

(Wolfgang Schäuble, CDU)

Die Bundesbank spricht es offen aus: Es geht bei der Wirtschafts- und Währungsunion um die Beschneidung der staatlichen Souveränität der anderen europäischen Länder. Wir sehen da kein »Europa des freien Wettbewerbs«, in dem wir die Wettbewerbssituation »unserer« Unternehmen verbes-

**»KOHL MUSS WEG«  
und mit ihm die NOTverordnungen**

**B R I E F**

**an den DGB Bundesvorstand + DGB Bremen**  
(wie an die Einzelgewerkschaften zur Kenntnis)

**»Werte KollegInnen, mit Enttäuschung und Erstaunen haben wir vom Beschluß des DGB-Bundesvorstands erfahren. Demnach soll die Fortsetzung der Kampagne »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« gegen den Bonner Sozialraub, die ihren bisherigen Höhepunkt am 15.6.96 in der Demonstration der 350 000 in Bonn hatte, auf dezentrale Aktionen, wiederum an einem Sonnabend (7.9.96) zurückgeschraubt werden. Wir halten dies nicht nur für einen Schritt zurück, sondern eindeutig gegen den Tenor gerichtet, wie er am 15.6. in Bonn für jedermann erkennbar zum Ausdruck gebracht wurde: »Wir kommen wieder im September, aber während der Arbeitszeit!« Hunderttausende haben in Bonn gerufen: »Kohl muß weg!« und damit klargelegt, wo demonstriert werden muß. Deshalb fordern und beantragen wir eine zentrale Demonstration in Bonn und nirgendwo anders zu diesem Anlaß. Unübersehbar waren die Forderungen im Bonner Hofgarten nach Streik, Generalstreik und nach dem »Französischen Weg«. Deshalb fordern und beantragen wir, daß die Aktionen auf die Tage gelegt werden, an denen die Kohlregierung ihren Sozialraub im Parlament durchpauken will (nach jetzigem Stand 11. bis 13. September.) Regierung und Kapital haben die zentrale Demonstration am 15.6.96 in Bonn sehr wohl registriert. Den Gewerkschaften hat sie in der Bevölkerung und in den Medien endlich wieder den nötigen Respekt verschafft. Dies alles würde wieder vertan, wenn wir einen Schritt zurück gehen auf regional zersplitterte Aktionen an einem arbeitsfreien Tag.«**

*Zur Information: In der Zwischenzeit haben 184 Kolleginnen und Kollegen, darunter Betriebsräte und Vertrauensleute, von Mercedes-Benz, Werk Bremen, unterzeichnet und ihren Offenen Brief dem DGB übersandt.*

sern würden, wenn wir den Gürtel enger und enger schnallen. Die Arbeiter von 1931 haben teuer dafür bezahlt, daß es nur einen einzigen Streik gegen die Brüning'sche Hungerpolitik gegeben hat. Sie zahlten mit der Errichtung immer reaktionärer Regierungen bis hin zum 30. Januar 1933. »Wenn die Regierung die Standortprobleme nicht anpackt, wird sie selber eines«, sagt heute der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer.

Wir leben in einem Europa, in dem längst die Staatsapparate gegeneinander in Stellung gebracht werden, und in dem der Krieg nur noch die Fortsetzung einer Politik wäre, die längst Krieg mit anderen Mitteln ist.

Wir leben in einem Europa, in dem die stärkste imperialistische Macht jede ihrer neun Grenzen überschreitet. In dem das erste Mal seit 1945 wieder deutsche U-Boote in skandinavischen Gewässern kreuzen und auf Betreiben Bonns jeder dänische Busfahrer zu 40 000 Kronen Geldstrafe verurteilt werden kann, wenn er Fahrgäste ohne Paß und Visum ins rassistische Deutschland karrt. In dem der italienische Generalstaatsanwalt gegen bewaffnete Banden in Alto Adige ermittelt, die vom bundesdeutschen Innenministerium finanziert die Selbstbestimmung, d.h. den »Anschluß Südtirols« an ein deutsch-österreichisches Reich fordern. In dem der bundesdeutsche Staat Separatisten in Belgien und Frankreich dafür bezahlt, für die Annexion ganzer Landesteile an die BRD zu kämpfen.

Wir sehen ein Europa, in dem die Niederlande ihre Armee faktisch unter das Kommando des neuen deutschen Generalstabs gestellt haben. In dem das polnische Staatsoberhaupt vorhersagt, die Deutschen würden sich Schlesien zurückholen und sein Außenminister (*»Wenn das so weitergeht, dann werden in Polen bald 30 Millionen Deutsche leben«*) die Unterwerfung Polens unter die Nato als »Schutz vor Deutschland« wünscht. Ein Europa, in dem die großen Bourgeoisien wieder einmal ruhig zusahen, wie der deutsche Staat die Tschechoslowakei zerschlug. Wir leben in einem mehr und mehr deutschen Europa, in dem ein großer und mächtiger Staat wie Großbritannien in einer Rinderschlacht erpreßt wird, also mit Methoden, von denen die Frankfurter Allgemeine Zeitung durchaus zustimmend als von einem »Krieg« spricht.

Wir leben in einem Europa, in das der deutsche Krieg zurückgekehrt ist.

**»Die Deutschen werden sich daran gewöhnen müssen, wieder Feldpost zu bekommen.«**

(»Die Zeit«, Januar 1996)

Denn daß all dies, wenn wir sie gewähren lassen, Krieg heißt, das weiß in diesem Land ein jeder – mit Ausnahme des größten Teils des Volks. Daß »die da oben alle lügen« wird zum tödlichen Irrtum, wenn »die da oben« alle vom Krieg reden. (Sie lügen nicht, dafür halten sie sich die Presse.) Der Kanzler erklärt ein deutsches Europa »für eine Frage von Krieg und Frieden«. Der Bundespräsident erläutert der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, das Scheckbuch reiche jetzt nicht mehr, jetzt gelte es Blut und Leben. Und der Generalinspekteur der Bundeswehr (alter, ehrlicher Haudegen, der er ist): *»Die Zeiten des Friedlich-in-der-Kaserne-Sitzens sind vorbei. Soldatsein in Deutschland bedeutet künftig Risiko für Leib und Leben.«*

Fortsetzung auf Seite 4

## italienische **T R A U E R** deutsche **SCHEINHEILIGKEIT**

**E**rich Priebke ist DEUTSCH! Ein Deutscher von echtem Schrot und Korn. Dreiundachtzigjährig und ein Verbrecher. Ein Massenmörder, wie ihn die Geschichte Deutschlands tausendfach hervorgebracht hat. Eben ein SS-Hauptsturmbannführer. Der im Jahre 1944 bei Rom im Namen der Sicherung des »Deutschen Standorts« 335 Zivilisten ermordete und ermorden ließ. Weil Menschen in Italien der deutschen Unterjochung Widerstand entgegenbrachten.

40 Jahre hatte die BRD Zeit, Erich Priebke zu verfolgen. 40 Jahre lebt der deutsche Staatsdiener in Argentinien völlig unbehelligt. Kein Haftbefehl der BRD in den 40 Jahren störte Erich Priebke. Daß Erich Priebke von seiner Vergangenheit eingeholt wurde und, mit ihm, die BRD, verdanken beide Italien. Italien verlangte die Auslieferung von Argentinien und erhielt Erich Priebke. Der italienische Staat machte ihm den Prozeß. Das italienische Gericht, das über den Massenmord an 335 Zivilisten – unter ihnen 75 Menschen mit jüdischem Glauben – befinden mußte, fällt ein Urteil vor wenigen Tagen. Sein Urteil ist: Daß Erich Priebke weder grausam noch mit persönlichem Vorsatz gemordet hat, sondern auf Befehl Deutschlands die Morde beging. Das italienische Gericht sprach folgerichtig Erich Priebke frei. Und klagt das alte und neue Deutschland mit diesem personenbezogenen Freispruch an! Das italienische Gericht kommt der BRD (was sie so gewünscht hätte) nicht zu Hilfe. Mit seinem Freispruch. Es stellt stattdessen nur unmißverständlich klar, es ist das Deutschland, das grausam und mit Vorsatz italienische Bürger ermordete, weil andere italienische Bürger im Partisanenkampf der Hitlerarmee schadeten, indem sie das Verbrechen der deutschen Soldaten mit dem Tod von 33 deutschen Hitlersoldaten zu ahnden wußten. Und weil Deutschland erneut jetzt auf der internationalen Anklagebank sitzt, verlangt jetzt auf einmal, nach 40 Jahren, die BRD, die selbst sich als Rechtsnachfolger Hitlerdeutschlands versteht, Erich Priebke zurück, in die Heimat.

In Italien gehen wegen diesem Freispruch die Lichter aus! »Als Zeichen der Trauer über den Freispruch von Erich Priebke ließ Roms Bürgermeister Francesco Rutelli die Beleuchtung der Monumente abschalten.« (SZ, 2.8.1996) Die italienische Regierung selbst äußert ihre »extreme Verbitterung« und erklärt, »daß sie sich vor den Opfern dieses unmenschlichen Verbrechens verbeugt«. Tausende Menschen protestieren in Italien. Nichts von alledem in der BRD. Die Bundesregierung macht das Licht an. Was scheren uns unsere Verbrechen im Namen Deutschlands?! Machen wir doch das Licht an, wo andere es ausmachen. Das ist und bleibt deutsches Vaterland, solange es einem graut, zum vaterlandslosen Gesellen zu werden.

Eben: **ECHT DEUTSCH**

**ANTIKRIEGSTAG** **ANTIKRIEGSTAG**



»Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften Soldaten in Beziehung auf ihren Dienst in einer Weise verunglimpft, die geeignet ist, das Ansehen der Bundeswehr oder ihrer Soldaten in der öffentlichen Meinung herabwürdigend, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.«  
 Aus: Gesetzentwurf Bundesjustizminister

**Entschließung:**

»Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, alle Kräfte gegen das Zustandekommen des geplanten Strafgesetzes § 109b, »Verunglimpfung der Bundeswehr«, zu mobilisieren, oder um es ggf. wieder abzuschaffen. Weiter fordern wir vom Bundesvorstand des DGB, seine 7-Punkte-Erklärung mit

# Gegen die Ermächtigung wieder das Land der Richter und Henker zu werden!

der Bundeswehr aus dem Jahre 1981 sowie alle weiteren bekundeten Gemeinsamkeiten sofort aufzukündigen und dies in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Betrieben und Verwaltungen in aller Deutlichkeit darzulegen.

**Begründung:**

Das Bundesverfassungsgericht stellte im Oktober 1995 klar, daß im Zuge der freien Meinungsäußerung gesagt werden darf: »Soldaten sind Mörder!«

Die Bundesregierung will jetzt mit einer einfachen Gesetzesänderung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aushebeln und das Recht auf freie Meinungsäußerung in Bezug auf die Bundeswehr liquidieren. Damit wird zugleich die Grundlage der bürgerlichen Demokratie, die Gewaltenteilung, außer Kraft gesetzt. Kein Parlament (Legislative) und keine Regierung (Exekutive) hat das Recht, Gesetze zu verabschieden oder auszuführen, die dem Inhalt der Verfassung oder einem Verfassungsgerichtsurteil entgegenstehen. Für eine Verfassungsänderung benötigt das Parlament eine 2/3-Mehrheit, was bei dem vorliegenden Gesetz nicht getan werden soll. Sowohl der Inhalt des einfachen Gesetzes, als auch die Vorgehensweise von Regierung und Parlament sind also laut Verfassung nicht möglich.

Regierung und Parlament **ermächtigen** sich, verfassungswidrig ein Bundeswehr-

Ermächtigungsgesetz zu schaffen. Richter werden dann angetrieben, gegen die Verfassung zu verurteilen.

In der Begründung des Gesetzentwurfes wird auf die Stellung des Bundespräsidenten verwiesen, der den allerhöchsten Verfassungsrang genießt. Wird dann jeder der 340 000 Bundeswehr-Soldaten ein Bundespräsident in allerhöchstem Rang der Verfassung sein? Auch ist der Begriff der »Herabwürdigung« ein äußerst dehnbare Begriff, der jede Kritik an der Bundeswehr ausschließt und somit jederzeit zur Anwendung kommen kann. In unserem auf diesem Kongreß vorliegenden Programmentwurf fordern wir die Abschaffung der Bundeswehr. Nach diesem neuen Gesetzentwurf wäre der Tatbestand schon erfüllt und alle Delegierten, die DGB-Jugend und jeder, der unsere Forderungen aufgreift, könnten mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Diese verfassungsfeindliche Gesetzesinitiative kann nur dazu dienen, dem ganzen Volk den Maulkorb umzulegen, um ungestört von aller Kritik die weitere Außerkraftsetzung demokratischer Rechte zwecks Militarisation der expansionistischen Außenpolitik der Bonner Regierung voranzutreiben.

**Dem müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen!«**

Angenommen vom Reformkongreß der DGB-Jugend, Juni 1996, Oberursel.

Fortsetzung von Seite 3

Wie deutlich müssen sie es noch sagen, daß wir den Gürtel gerade für nichts anderes enger schnallen als für die Kriegskasse? Die Gewerkschaftsführungen freilich begreifen nicht, daß der Antikriegstag längst ein täglicher Kampftag in der BRD geworden ist. Daß sie nicht aufrufen, erneut nach Bonn zu marschieren, ist ein Beweis dafür. Um sie ist es so schlecht gestellt, daß sie selbst den Antikriegstag zu beerdigen begonnen haben, längst bevor der Bundespräsident die Parole ausgegeben hatte, nun habe aller Hader zu schweigen, jetzt kenne er nur noch Deutsche. Die Arbeiter, ob sie wollen oder nicht die einzigen, die den Hebel auf Stop stellen können an einer Maschine, die Kapitalexpansion und Expansion, Armut und Krieg produziert – die Arbeiter haben allen Grund, den Antikriegstag nicht zu vergessen. Sie haben allen Grund, jeden Tag zum Antikriegstag zu erklären, an dem sie auf den Stra-

ßen dieser noch bürgerlich-demokratischen Republik gegen das Sparen für die Kriegskasse demonstrieren und in den Betrieben die Brocken hinschmeißen. Sie haben allen Grund, ihre Kraft dabei nicht zu zersplittern, sondern zu vereinigen und die Führer ihrer Massenorganisationen zu dieser Vereinigung zu zwingen. Denn die Gewerkschaftsführer haben ganz und gar unrecht in ihrer Behauptung, daß die Kapitalisten »eine andere Republik wollen«. Es ist die Republik der Kapitalisten, und wir haben allen Grund, nach dem 15. Juni erneut und immer wieder gegen Bonn zu marschieren, gegen eine Regierung, die zu ihnen vom Krieg spricht und dem ganzen Volk für diesen Krieg das letzte Hemd zu rauben droht.

**Sparen für die Kriegskasse – nein!  
 Die Kohl-Regierung muß weg!  
 Die Republik braucht den Streik!**

# DIE REPUBLIK BRAUCHT DEN STREIK